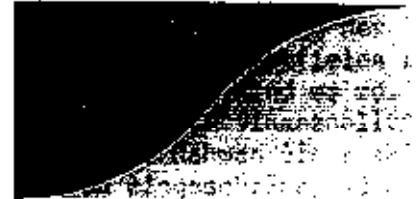


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 39/39
Telex: 08 86 846-46 ppbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 165

29. August 1978

Bundesfinanzminister
Hans Matthöfer zieht
Halbzeitbilanz in der
Finanzpolitik und er-
läutert die Bundesaus-
gaben im Haushaltsplan
1979.

Seite 1-4

Herbert Brückner, Ge-
sundheitssenator von
Bremen und Vorsitzender
der Gesundheitsminister-
konferenz, fordert akti-
ve Gesundheitspolitik
statt reaktiver Krank-
heitspolitik.

Seite 5/6

Eine Bitte von Wolfgang
Ebert an den im Februar
"entführten" CSU-Aus-
landsreferenten Huber.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Wachstumsimpulse durch Umstrukturierung

Halbzeitbilanz der Finanzpolitik

Von Hans Matthöfer MdB
Bundesminister der Finanzen

In diesen Tagen bereitet das Bundesministerium der Finanzen den Bundeshaushaltsplan 1979 und die mittelfristige Finanzplanung bis 1982 zur Vorlage an das Parlament vor. Dies ist die dritte Haushalts- und Finanzplanung in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode. In diesen Planungen spiegelt sich wider, was seit 1976 an wirtschaftlichen Problemlagen zu bewältigen war, neue Akzente wurden gesetzt, neue Probleme aufgegriffen.

Den konjunkturpolitischen Programmen zu Beginn der weltwirtschaftlichen Rezession folgte eine Reihe weiterer Maßnahmenpakete, die zunehmend veränderten Bedingungen Rechnung trug. Die Abfolge der "Konjunkturprogramme" stellt dabei keine Wiederholung von konjunkturellen Anstoßmaßnahmen dar, sie ist vielmehr zu beurteilen als eine Kette von Entscheidungen in einem kontinuierlichen Umstellungsprozeß von Haushalt und Steuersystem. Die einzelnen Maßnahmengruppen sind Schritte auf diesem Weg. Eine Bilanz zur Hälfte dieser Legislaturperiode muß daher aufzeigen, wie weit, in welche Richtung und vor welchem Hintergrund durch diese Maßnahmenschritte, deren Auswirkungen sich oft über Jahre erstrecken, Umstrukturierungsvorgänge im Bereich von Haushalt und Steuersystem tatsächlich eingeleitet und vollzogen wurden.

Die Ausgabenpolitik des Bundes war in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode weiterhin expansiv ausgerichtet. Die geplanten Wachstumsraten der Bundesausgaben von 10,4 vH im Jahre 1978 und 8,4 vH im Jahre 1979 tragen dazu bei, das gesamtwirtschaftliche Wachstum abzustützen und zu fördern.

Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts - dies ist die notwendige Konsequenz - wird 1979 nochmals ansteigen und rd.

60 Milliarden DM erreichen. Für den Bund ist dabei nicht unproblematisch, daß in den Jahren, in denen die öffentlichen Haushalte insgesamt ihren Beitrag zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Rezession zu leisten hatten, eine zunehmende Verlagerung der finanziellen Belastungen auf den Bundeshaushalt stattgefunden hat. 1973 entfielen rd. 30 vH des Gesamtdefizits der Gebietskörperschaften auf den Bund, heute sind es rd. 60 vH. Wir nähern uns damit einer Grenze, bei deren Überschreitung die finanzpolitischen Aktionsmöglichkeiten des Bundes, der eine erhöhte Verantwortung im Rahmen einer aktiven Konjunktur- und Beschäftigungspolitik zu tragen hat, bedrohlich eingeschränkt würde.

Tabelle 1: Haushaltsdefizite der Gebietskörperschaften

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Insgesamt in Milliarden DM	8,8	27,2	63,8	47,9	32,0	50	60 1/2
Insgesamt in vH des BSP	1,0	2,8	6,2	4,3	2,7	4	4 1/2
Anteil des Bundes in vH des Defizits des Öffentlichen Gesamthaushalts	29,5	37,9	54,9	59,5	70,6	59,3	59

Der Bund ist damit zunehmend auf die Gestaltungsmöglichkeiten angewiesen, die durch Umstrukturierungen innerhalb des Ausgabenvolumens gegeben sind. Hervorzuheben ist hier zunächst die überproportionale Entwicklung der investiven Ausgaben; ihr Anteil an den gesamten Bundesausgaben steigt von 13,3 vH im Jahre 1977 auf 16,4 vH in der Planung für 1979 kräftig an.

Aber nicht nur in der Ausweitung der Investitionen wird eine an der wachstumspolitischen Aufgabenstellung orientierte Veränderung der Ausgabenstruktur des Bundeshaushalts deutlich. Zwar sind die Bundesausgaben in ihrer Gesamtheit zu großen Teilen durch die großen Ausgabenblöcke für die äußere Sicherheit und die soziale Sicherung festgelegt; auch der gestiegene Schuldendienst engt z.B. die Gestaltungsmöglichkeiten ein. Dennoch ist es möglich gewesen, beachtliche Umschichtungen vorzunehmen. Eine Reihe wichtiger Entscheidungen und Programmelemente schlägt sich bereits in deutlich überproportionalen Steigerungsraten bei jenen Ausgabenblöcken nieder, die für die Modernisierung unserer Volkswirtschaft, die Stärkung unserer wirtschaftlichen Leistungskraft und damit die Sicherung der Arbeitsplätze sowie für die Verbesserung der Qualität wirtschaftlichen Wachstums von besonderer Bedeutung sind.

Tabelle 2: Bundesausgaben nach ausgewählten Aufgabenbereichen

	1976 - Millionen DM -	1979	Veränderung - in vH -
Verteidigung	33.300	37.404	+ 12,3
Soziale Sicherung	59.188	72.012	+ 21,7
Umweltschutz	95	435	+ 357,9
Entwicklungshilfe	2.994	4.626	+ 54,5
Wirtschaftsförderung	2.567	5.530	+ 115,4
dar.: Kohlebergbau	544	1.640	+ 201,5
Verarbeitende Industrie	367	658	+ 79,3
Kernenergie	191	225	+ 17,8
Erdölversorgung	429	785	+ 83,0
Bildung, Wissenschaft	8.450	11.270	+ 33,4
dar.: Wissenschaft, Forschung und Entwicklung	4.887	7.373	+ 50,9
Bundesbahn	8.830	14.172	+ 60,5
Schulden	7.234	11.805	+ 63,2
Ausgaben zusammen	161.672	204.600	+ 26,6

Bei einer Gesamtausgabensteigerung von knapp 27 vH gegenüber dem Vergleichsjahr 1976 werden sich z.B. die Ausgaben des Bundes für den Umweltschutz bis 1979 mehr als vervierfachen. Der Einsatz von Mitteln für die Entwicklungshilfe, die im weltwirtschaftlichen Rahmen auch einen Beitrag zur Freisetzung zusätzlicher Wachstumsmöglichkeiten darstellt, wird insgesamt um über 50 vH ansteigen.

Hervorzuheben ist ferner der steile Anstieg der Ausgaben für die Wirtschaftsförderung (+ 115 vH). Hier geht es u.a. darum, Hilfen für jene Branchen bereitzustellen, die in besonderem Maße von den strukturellen Anpassungsvorgängen der gegenwärtigen Wirtschaftslage betroffen sind. Es gilt zu verhindern, daß sich durch Stilllegungen und Freisetzung von Arbeitskräften krisenhafte Entwicklungen begrenzter Bereiche mit unkontrollierbaren Folgewirkungen ausbreiten; notwendige Anpassungsvorgänge sind zu unterstützen. Sicherung der Energieversorgung und Energieeinsparung sind weitere Schwerpunkte.

Ein Schwerpunkt der wachstumspolitischen Orientierung der Ausgabenpolitik des Bundes liegt darin, innovative Investitionen und zukunftsorientierte Entwicklungen zu unterstützen, die die Chance in sich tragen, auch nach Wegfall staatlicher Förderung aus eigener Kraft zu Trägern wirtschaftlicher Dynamik zu werden. Ein wichtiger Ansatzpunkt hierfür ist der Aufgabenbereich Wissenschaft, Forschung und Entwicklung. Mit rd. 7,4 Milliarden DM werden diese Ausgaben 1979 das Niveau des Jahres 1976 um über 50 vH übertreffen. Dabei werden insbesondere in den wirtschaftsnahen und anwendungsbezogenen Forschungsbereichen ganz erhebliche Verbesserungen ermöglicht.

Gleichzeitig mit der schrittweise eingeleiteten Umstrukturierung der Bundesausgaben sind in der ersten Halbzeit der Legislaturperiode eine Reihe wichtiger steuerpolitischer Maßnahmen in Kraft getreten bzw. beschlossen worden. Über der Vielzahl der Änderungen steuerlicher Einzelvorschriften wird oft übersehen, worin ihr gemeinsamer Nenner angesichts der grundlegenden Probleme unseres Steuersystems liegt.

Seit Beginn der Bundesrepublik gibt es einen progressiven Verlauf des Einkommensteuertarifs. Wer mehr verdient, zahlt verhältnismäßig mehr Steuern. Diese Besteuerung nach der finanziellen Leistungskraft entspricht dem Gedanken sozialer Gerechtigkeit. Mit allgemein ansteigendem Einkommensniveau führt sie allerdings zu einem überproportionalen Anstieg der steuerlichen Belastung der Einkommen, insbesondere durch die Lohnsteuer, da die indirekten Steuern, insbesondere soweit sie nicht nach Preisen, sondern nach Mengen (wie Hektoliter, Kilogramm, Kubikzentimeter) bemessen werden, den Anstieg des Volkseinkommens und der Preise nicht automatisch mitmachen, sich also ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen kontinuierlich vermindert. Deshalb bedarf es einer Korrektur im Steuersystem, um wieder ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den als besonders drückend empfundenen direkten und den indirekten Steuern zu erreichen.

Tabelle 3: Struktur des Steuersystems

	1952	1972	1977	1978	1979
	- in vH des Gesamtsteueraufkommens -				
Direkte Steuern	52,2	56,9	62,8	60,8	59,3
dar.: Steuern vom Einkommen	33,8	43,1	49,0	47,8	46,7
Steuern vom Vermögen	10,5	5,1	5,0	4,4	4,0
Steuern vom Gewerbebetrieb	7,9	8,6	8,9	8,6	8,6
Indirekte Steuern	47,8	43,1	37,2	39,2	40,6
dar.: Steuern vom Umsatz	26,6	24,4	21,4	23,6	25,2
sonstige Steuern vom Aufwand und Verbrauch	21,2	18,7	15,8	15,6	15,4
	- in vH des BSP -				
Volkswirtschaftliche Steuerquote	23,4	23,8	25,1	24,8	24,2
Bereinigte Steuerquote (Steuern abzüglich Kindergeld)	23,4	23,4	23,9	23,6	23,0

Der wichtigste Teil der seit Beginn dieser Legislaturperiode in Kraft getretenen und beschlossenen steuerpolitischen Maßnahmen hat eine Verminderung des Belastungsanstiegs bei der Lohn- bzw. Einkommensteuer zum Ziel. Die Erhöhung von Freibeträgen, der Sonderausgabenfreibeträge, des Weihnachtsfreibetrags, die Einführung eines Tariffreibetrags, liegen auf dieser Linie; die vom Bundeskabinett am 26. Juli 1978 beschlossene Erhöhung des Grundfreibetrags, der Sonderausgabenhöchstbeträge für Versicherungsbeiträge (Vorwegabzug) und vor allem die Beseitigung des sogenannten Tarifsprungs setzen diese Linie fort.

Ein über viele Jahre anhaltender Trend des überproportionalen Anstiegs der Lohn- und Einkommensteuerbelastung ist durch diese Maßnahmen angehalten worden. Der Anteil der Einkommensteuer am Gesamtsteueraufkommen wird 1978 abnehmen und geht 1979 weiter zurück. Die Erhöhung des Kindergeldes ab 1978, die vom Bundeskabinett beschlossenen weiteren Erhöhungen ab 1979 und ab 1980 gehören mit ins Gesamtbild der Entlastung bei der Einkommensbesteuerung.

In einer Situation verstärkter wirtschaftsstruktureller Umstellungsprobleme bei abgeschwächten wirtschaftlichen Wachstumsraten sind auch Probleme bei der Besteuerung der Wirtschaft deutlich geworden. Von großer Bedeutung ist hier die Beseitigung von Doppelbelastungen durch die 1977 in Kraft getretene Reform der Körperschaftsteuer. Für die Besteuerung der Unternehmen ist ferner die in Kraft getretene weitere Erhöhung von Freibeträgen bei der Gewerbesteuer besonders wichtig. Die für 1980 vorgesehene Abschaffung der Lohnsummensteuer und eine weitere Erhöhung der Freibeträge bei der Gewerbeertragsteuer liegen auf der selben Linie. Hervorzuheben ist ferner die Senkung der Vermögensteuer, die Erweiterung der Abschreibungsvergünstigungen für private Bauherren sowie Verbesserungen bei der degressiven Abschreibung. Steuerliche Förderung heizenergiesparender Investitionen und die vorgesehene Verbesserung von Investitionszulagen für Forschungsaufwendungen insbesondere im mittelständischen Bereich runden das Bild ab.

Die Maßnahmen summieren sich zu gewichtigen Steuerverzichten, die nur ausgeglichen werden können, wenn im Bereich der indirekten Steuern der insgesamt rückläufigen Aufkommensentwicklung Einhalt geboten wird. Die 1978 wirksam gewordene Erhöhung der Mehrwertsteuer und die ab 1. Juli 1979 vorgesehene weitere Erhöhung trägt teilweise dazu bei, diesen Ausgleich herzustellen.

Die Bilanz der steuerpolitischen Maßnahmen der ersten Halbzeit dieser Legislaturperiode ergibt sich aus einer Kette von steuerrechtlichen Änderungen, deren gemeinsamer Nenner darin besteht, durch strukturelle Änderungen unser Steuersystem gerechter und leistungsorientierter zu gestalten und den Bedingungen einer durch die Notwendigkeiten eines weitgreifenden Strukturwandels belasteten Wirtschaft anzupassen.

Daß es bei diesem Prozeß nicht um den generellen Abbau des staatlichen Steueraufkommens gehen kann, folgt schon aus der Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote. Sie ist, insbesondere wenn man aus Vergleichsgründen das Kindergeld absetzt (früher wurde die Kinderentlastung durch Verminderung der Steuerzahlung bewirkt), bei steigenden Forderungen an staatliche Leistungen konstant geblieben. Ein finanzpolitischer Eckpunkt für die Beurteilung steuerpolitischer Vorschläge wird auch weiterhin die Frage sein müssen, ob die finanziellen Grundlagen staatlicher Handlungsfähigkeit gesichert bleiben.
(-/29.8.1978/ks/hgs)

Vorbeugung muß Vorrang haben

Aktive Gesundheitspolitik statt reaktiver Krankheitspolitik

Von Herbert Brückner

Senator für Gesundheit und Umweltschutz der Freien Hansestadt Bremen

Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz

Zentraler Schwerpunkt einer aktiven zukunftsorientierten Gesundheitspolitik der 80er Jahre muß es sein, die Gesundheit der Bevölkerung intensiv zu fördern und lange zu erhalten. Prävention (primäre und sekundäre) muß deshalb die gesundheitspolitischen Entscheidungen der 80er Jahre vorrangig bestimmen.

Aktive Gesundheitspolitik muß dringend, und zwar zielorientiert und planvoll, an die Stelle der bisher dominierenden reaktiven Krankheitspolitik treten. Ziel aller verantwortlichen Gesundheitspolitiker und vor allem der Verantwortlichen der Selbstverwaltungsorgane, der Krankenkassen und Ärztevertreter muß es somit primär sein, die Lebenserwartung und -qualität der Bundesbürger wieder zu vergrößern.

Erfolgreich ist eine qualitätsorientierte, aktive Gesundheitspolitik erst dann, wenn sie nachweisen kann - (sicherlich ein mühsamer, teurer und mittelfristiger Prozeß) - daß wieder mehr Menschen gesund bleiben und gesund alt werden. Eine planvolle präventionsorientierte Gesundheitspolitik wird mittelfristig neben angestrebten Qualitätsverbesserungen des Gesundheitswesens vor allem einen lang anhaltenden kostensenkenden Beitrag leisten.

Es ist einseitig - und kurzfristig -, die Leistungsfähigkeit unseres anerkannten Gesundheitssystems primär an den Ausgaben und an dem medizin-technischen Fortschritt zu messen. Es reicht nicht aus, unseren gesellschaftlichen "Wohlstand" allein mit wirtschaftlichen Kriterien, wie Einkommen pro Kopf der Bevölkerung und Steigerungsraten des Bruttosozialproduktes, zu messen. Ein wesentlicher Sozialindikator muß zukünftig der Stand der Gesundheit und die Lebenserwartung der Bevölkerung sein.

Für eine zukunftsorientierte Gesundheitspolitik ist die aktuelle Diskussion um kostenreduzierende Maßnahmen im Gesundheitswesen zwar verständlich und notwendig, aber nur ein Aspekt, der nicht - wie z.Zt. - weiterhin dominieren darf. Aus der Sicht einer qualitäts- und zukunftsorientierten Gesundheitspolitik ist die vielfach geforderte einnahmenorientierte "Gesundheitspolitik" einseitig, kurzfristig und damit für eine verantwortliche Gesundheitspolitik der 80er Jahre verfehlt.

Ich wende mich damit insbesondere an die Versichertenorganisationen und noch spezieller an die gewerkschaftlich organisierten Kollegen in den Gremien der Krankenkassen. Die Wahrnehmung der Interessen der Beitragszahler und Mitglieder kann sich bei einer zukunftsorientierten Gesundheitspolitik nicht darin begrenzen, die Einnahmen zu verwalten und gegen Rechnung zu verteilen. Die hier erarbeiteten Beiträge müßten m.E. im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung langfristiger "angelegt" werden.

Angesichts der von mir noch aufzuzeigenden gesundheitspolitischen Probleme sehe ich bei dem traditionellen Einnahme-/Ausgabedenken der Kassen die große Gefahr der Einsparungs-Euphorie. So, als könne man der sogenannten Kostenexplosion dadurch begegnen, in dem man einem Topf den Deckel aufsetzt und verkündet: Mehr geht nicht!

Der Problemdruck durch die objektiven Interessen der Versicherten wird dadurch nicht geringer, sondern eher größer. Die Handlungsmaxime der Kassen müßten daher nicht ein-

nahmeorientiert, sondern leistungsorientiert sein; nicht kurzfristig, sondern langfristig!

Warum sind Veränderungen notwendig? Warum Schwerpunktverlagerung zur Prävention?

Dazu einige Stichworte:

- Trotz der absolut und auch für den einzelnen Beitragszahler enorm gewachsenen Aufwendungen im Sozialbereich ist der Gesundheitszustand unserer Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten insgesamt kaum verbessert worden. Wir produzieren mehr Kranke; die Arbeitsunfähigkeitsrate ist nicht gefallen.
- Laut Statistik waren im April 1974 10 Millionen Bundesdeutsche krank.
- Die Lebenserwartung in bestimmten Altersgruppen, insbesondere der Männer, sinkt und erreicht statistisch nur wenige Jahre mehr als das Pensionsalter von 65.
- Die Säuglingssterblichkeit ist zwar gefallen, für eine hochentwickelte Gesellschaft wie unsere ist sie noch immer viel zu hoch.
- Viele frühere Infektionskrankheiten haben ihre Schrecken zwar durch veränderte sozialhygienische Verhältnisse verloren, dafür weist die Sterberate aber auf den Wandel der Risikostrukturen hin: Zu 70 Prozent wird sie heute bestimmt durch bösartige Neubildungen, Kreislaufkrankheiten und Verkehrsunfälle.
- Es muß erschrecken, daß jährlich noch immer rund 14.000 Verkehrstote zu beklagen sind; Unfalltote insgesamt: 30.000, Unfallverletzte insgesamt: 6.700.000. Aber auch jährlich rund 14.000 Selbstmorde!
- Die Frühinvalidität ergibt - volkswirtschaftlich betrachtet - jährliche Verluste in Höhe von 25 Milliarden DM! Bei 50 Prozent der Frührentner wurden chronische Bronchitis und Lärmstörungen diagnostiziert.
- Allein die anerkannten Berufskrankheiten der Lärm-Schwerhörigkeit und Lärm-Taubheit haben sich in den letzten Jahren aufgrund größerer und lärmverursachender Technisierung verfünffacht: 1970 2.000 Fälle - 1975 12.500 Fälle!

Diese Beispiele machen deutlich: Unser Ziel muß es sein, mehr Gesundheit zu erhalten und zu erreichen. Dies ist möglich durch ein gesundheitsbewußtes Verhalten von uns allen und durch gesundheitsfördernde Bedingungen am Arbeitsplatz, im Wohn- und im Freizeitbereich.

Deshalb fordere ich:

- Eine neue, intensive Gesundheitserziehung, bei der gesundheitsgerechtes Verhalten Bestandteil der gesamten Erziehung ist;
- eine bessere Nutzung der vorhandenen und neuen Programme zur Früherkennung von Krankheiten;
- eine umfassende Gesundheitsvorsorge durch gesunde Umweltbedingungen;
- die Sicherung von Gesundheit durch humanere Arbeitsbedingungen.

(-/29.8.1978/hgs/ks)

Herzliche Bitte

Von Wolfgang Ebert⁺

Lieber Herr Huber,

ich kenne Sie leider nicht, aber ich habe schon viel von Ihnen gehört. Ich würde beinahe sagen: Sie sind der bekannteste Auslandsreferent, den die CSU jemals hatte, und zwar ganz besonders im Inland!

In letzter Zeit hat man allerdings bedauerlicherweise recht wenig von Ihnen gehört, eigentlich gar nichts. Möglicherweise sind Sie viel im Ausland. Dennoch ist es um Sie nie wirklich still geworden. Dafür sorgt schon die Opposition, die sich Sorgen um unsere Sicherheit macht.

Sie will offenbar mehr über Terroristen wissen, von denen Sie im Februar entführt und 44 Stunden lang festgehalten wurden. Und sie wüßte auch gerne, warum das Ermittlungsverfahren von der Staatsanwaltschaft München I eingestellt wurde. Schließlich geht es dabei um keine Kleinigkeit. Die Terroristen, die es damals auf Sie abgesehen hatten, könnten ja jederzeit wieder zuschlagen, denn sie laufen ja immer noch frei herum.

Erstaunlicherweise scheint Ihre Partei, die CSU, an Ihrem Fall kein großes Interesse zu haben. Ihr Pressesprecher Godel Rosenberg hält es gar für "ein Zeichen schlechten Geschmacks, aus dem persönlichen Unglück eines Angestellten der CSU-Landesleitung Wahlkampfmunition zu stricken" und dabei den Betroffenen auch noch zu verspotten.

Mir geht es hier nicht um gestrickte Wahlmunition - offenbar handelt es sich um wollene Fäustlinge, die man dem Gegner um die Ohren haut -, sondern um die Frage, warum gerade Ihre Partei, die in anderen Fällen so rasch mit der Forderung nach Aufklärung bei der Hand ist, in Ihrem Fall so gleichgültig bleibt.

Umso mehr sollten Sie daran interessiert sein, daß auch nicht der Schatten eines Verdachts an Ihnen haften bleibt, der Verdacht nämlich, daß Sie die ganze Entführung erfunden haben. Wenn die gewiß nicht linksverdächtige FAZ schon in der Überschrift, auf Sie bezogen, die Frage stellt: Litt er oder log er?, dann darf Ihnen das nicht gleichgültig sein, sondern Sie vielmehr zu mehr Eifer anspornen, endlich Licht in die trübe Angelegenheit zu werfen.

Darum, lieber Herr Huber, ermahne ich Sie: Treten Sie aus dem Zwielficht heraus, das Sie umhüllt, machen Sie aus Ihrem Herzen keine Mördergrube, reden Sie vielmehr frei von der Leber weg, wie es denn nun wirklich damals gewesen ist. Das würde Sie - Sie werden sehen - endlich von der schweren Last, die Sie bedrückt, befreien und Sie darum auch wieder leichter Schlaf finden lassen.

In gespannter Erwartung auf ein offenes Wort von Ihnen, Ihr wohlmeinender Bürger

Wolfgang Ebert

⁺ Wolfgang Ebert ist ständiger Kolumnist für Satire im "Stern" und in der "Zeit".